

Anfrage über die Vernehmlassung des Kantons Luzern zur Totalrevision der Postgesetzgebung

eröffnet am 29. April 2008

Am 18. März 2008 hat der Bundesrat die Totalrevision der Postgesetzgebung in die Vernehmlassung gegeben; das Vernehmlassungsverfahren läuft bis am 16. Juni 2008. Im Wesentlichen geht es bei dieser Totalrevision um die vollständige Liberalisierung des Postmarktes sowie um die Privatisierung der Post. Diese Vorlage ist auch für die Kantone von hoher Bedeutung.

Deshalb richten wir an den Regierungsrat die folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung des Bundesrates, dass die vollständige Postmarktliberalisierung notwendig ist?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die weitere Öffnung des Postmarktes unserem Kanton dient?
3. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die heutige Qualität der Grundversorgung in unserem Kanton trotz der vollständigen Postmarktliberalisierung beibehalten werden kann?
4. Wie viele Poststellen sind in unserem Kanton von der Schliessung bedroht, wenn der Postmarkt weiter liberalisiert wird?
5. Teilt der Regierungsrat die Haltung des Bundesrates, dass die Arbeitsbedingungen nicht zwingend im Gesetz geregelt werden müssen (z. B. durch die GAV-Abschlusspflicht für die ganze Branche oder für die einzelnen Postdienstleister)?
6. Welche Haltung vertritt der Regierungsrat bezüglich der vorgesehenen Umwandlung der Post in eine privatrechtliche AG?

Pardini Giorgio

Kiener Daniela

Morf Hermann

Stadelmann Eggenschwiler Lotti

Thumm Urs

Lötscher-Knüsel Trudi

Steinhauser Margrit

Zopfi-Gassner Felicitas

Abgottspon Odilo

Suntharalingam Lathan

Lorenz Priska

Dettling Schwarz Trix

Kaufmann Pius

Vogel Robert

Schmid Bruno

Müller-Kleeb Erna

Habermacher Roland

Thalmann-Bieri Vroni

Müller Guido

Bachmann Moritz

Froelicher Nino

Töngi Michael